

Sorauer Tageblatt

Telegr.: Tageblatt Sorau-Niederlausitz

Postfach-Nr. 954 Berlin NW 37

(Sorauer Wochenblatt)

Sprechnummer 22 und 37

Meiniges Publikations-Organ des Magistrats von Christianstadt a. S.

Giro-Konto bei der Reichsbank

Erziehungswelle: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis Nr. 1 bis 15. September 1923: In Sorau in den Ausgabenstellen 900 000 M., ins Haus geliefert 912 000 M., auf dem Wege in den Ausgabenstellen der nahe Sorau gelegenen Orten 912 000 M., der weiter gelegenen 920 000 M., ins Haus gebracht 20 000 M., mehr, durch die Post bezogen 900 036 M. Einmalige Beleggebühren: — Wochenkarten, nur in der Geschäftsstelle, 2: 450 000 M. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen, Arbeitsbeschneidung oder Auslieferung hat der Bezahler keinen Anspruch auf Vorfahrung oder Nachlieferung des „Sorauer Tageblattes“ oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise (treibend): Die 9 gepaltene Kolonnenzeile für Stadt und Kreis Sorau ist 12 000 M., alle anderen Anzeigen 10 000 M., auswärtsige Anzeigen 10 000 M., alle anderen Anzeigen 12 000 M., für Familienanzeigen und Stellenmarkt (Gesuche und Antworten) 24 000 M., alle anderen Anzeigen 10 000 M., im Stellenmarkt die 4 gepaltene Kolonnenzeile ist 12 000 M., alle anderen Anzeigen 10 000 M., auswärtsige 12 000 M., — Für Anzeigen, durch Fernsprecher aufgegeben, wird ein Zuschlag von 10% erhoben, ohne einen Gewähr für Richtigkeit zu übernehmen. — Rabatte nach festem Tarif, nur täglich bei fortwährender Zahlung; bei späterer Zahlung, bei Monatsraten und bei Erhebung durch Nachnahme erlischt jeder Anspruch auf denselben.

Nummer 206

Dienstag, den 4. September 1923

113. Jahrgang

Der Reichstanzler über die innere und äußere Politik.

Stuttgart, 2. Sept. Der Reichstanzler Dr. Stresemann ist heute morgen in Berlin angekommen und wurde auf dem Bahnhof von Reichspräsident Dr. Sieber empfangen. Der Reichstanzler empfing vormittags die Vertreter der württembergischen Presse und hielt im Anschluss daran im Reichstags-Saal des Siegelhauses eine Rede über die grundlegenden Fragen der äußeren und inneren Politik, zu der u. a. zahlreiche Vertreter von Industrie und Handel, Württemberg, ferner Vertreter aus allen württembergischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen erschienen waren.

Der Reichstanzler, der nach einem kurzen Gesprächswort des württembergischen Staatspräsidenten von Sieber an das Rednerpult trat, ging sofort auf die

Zeitspendung der außenpolitischen Verhältnisse

Er entwarf ein Bild des starken außenpolitischen Drucks, der gegenwärtig durch Bestehen des größten deutschen Wirtschaftsgebietes an Rhein und Ruhr über Deutschland lastet, wobei er der bedrückten Bevölkerung einen Trost entbot und auf die Schaffung des Mühlenturms für die besetzten Gebiete hinwies, die ein Zeichen der innigen Verbundenheit zwischen Reichsregierung und Rhein- und Ruhrgebiet sind. Jede Außenpolitik des Deutschen Reiches kann nur das Ziel haben, diesen überdrängten deutschen Volksteilen die Freiheit Deutschlands die Souveränität und die Verfügung über dieses Gebiet zu geben. Es gilt einen Weg zu finden, der uns zu diesem Ziel führt. Das wird bereit sein, auch die schwersten materiellen Lasten auf uns zu nehmen, um zu diesem Ziele zu kommen, ist bestrebt, die Mühen der Lasten von uns Germanen lastenreicher deutscher Leistung.

Wir sind bereit, auf der Boden der Stellung produktiver Pfänder zu treten.

Reichsbesitz und Privatbesitz sind die Pfänder, die wir dargeboten haben. Liegen in der deutschen Wirtschaft, der einzigen Wirtschaft, die uns gegeben ist, wie man so oft bemerkt, noch ungeachtete Entwidlungsmöglichkeiten, so liegt es umso näher, sie zur Geltung zu bringen, als Reparationsleistungen zu machen.

Der Reichstanzler wies sodann die Behauptung des „Temo“ zurück, daß kein letzter Versuch keine gleichwertige Lösung gegenüber den von Frankreich aufgestellten Forderungen enthalte. Er erklärte: Frankreichs Außenpolitik bezieht sich auf die Schaffung der internationalen Wahngesellschaft, die Überwindung deutscher Bergwerke an der Ruhr. Dem Reichsbesitz Ziele nicht politische sind, sondern auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet liegen, so dünn es mich, daß die Gesamtheit der deutschen Erbenbesitzer und der gesamten deutschen Wirtschaft dem Herausarbeiten einzelner Teile aus diesem Gesamtwerk mindestens gleichwertig seien.

Lebige Antwortnote an England

Der Reichstanzler ist, daß die Rückmeldung aus dem Augenblicke fortgesetzt zu werden braucht, bis die produktionen Pfänder Deutschlands effektiv werden. Gewiss seien die Grundlagen des deutschen Memorandum die Lösungsmöglichkeiten nicht erschöpfend die Fortführung des Diszussion werde die Lösungsmöglichkeit dankbar begrüßt. Der Gegenstand der Forderung und Leistungsfähigkeit werde bei der Lösung des Reparationsproblems nur überbrückt werden können durch eine wirtschaftliche Verbundenheit der Völker, die in dem Verhältnis ihrer Industrien aufeinander angewiesen sind. Wirtschaftliche Verbundenheit der Völker, so fuhr der Reichstanzler fort, ist vielleicht auch eine weitere Überbrückung politischer Gegensätze, als es politische Formulierungen zu können vermögen. Deutschland brauche ein Reparationsprogramm für seine Leistungen, um seine Reparationspflichten zunächst als Zinsenleistungen aufzunehmen. Will man diese Reparationspflichten kapitalisieren, so kann man auf dem Wege einer internationalen Anleihe gelangen, für welche die deutschen produktionen Pfänder kaffen. Deutschland wird in seinem heutigen Wirtschaftszustand die solche Anleihe kaum in nennenswertem Maße erreichen. Erst wenn die Welt sich darüber

klar sein wird, daß die Beendigung des Ruhrkonfliktes gleichzeitig der Anfang einer neuen Friedensära ist, werden die Völker im Verein mit Deutschland die Frage einer Anleihe lösen können, die zur Befreiung Europas dienlich ist, zur Fortführung eines Zerstückelungs aber niemals zur Verfügung stehen wird. Die Interessen der Finanzminister der Staaten müssen nach dieser Ansicht ebenso zusammenfallen, wie die Interessen der Welt. Ein in seiner Souveränität wiederhergestelltes Deutschland, im Besitz seiner wirtschaftlichen Fähigkeiten, die es in dem angebotenen Maße für Reparationsleistungen zur Verfügung stellt, würde bei Adoption dieser Grundzüge wohl in der Lage sein, die Garantie der Zinsverpflichtungen zu übernehmen, auf die sich alsdann eine Weltanleihe für den europäischen Frieden aufbauen könnte.

Bei Besprechung der von Frankreich geforderten

Sicherheiten auf politischer Basis

Der Reichstanzler: Daß Deutschland bereit ist, auf die Frage der Sicherheiten einzugehen, hat es bei früheren Gelegenheiten bereits zum Ausdruck gebracht. Wenn es sich darum handelt, daß die am Rhein interessierten Staaten sich vereinigen wollen, um die Unversehrtheit des gegenwärtigen Gebietsbestandes auf eine zu bestimmende Zeit sich gegenseitig zu sichern, so wird Deutschland jederzeit bereit sein, einem solchen Bündnis beizutreten. Ein wirtschaftlich mit Frankreich verbundenes Deutschland wird für die Durchführung solcher Friedensbündnisse die denkbar größte Friedenssicherheit bieten. Eine Zerstückelung Deutschlands oder der Versuch einer wirtschaftlichen oder verkehrstechnischen Verrückung seiner Grenzmarken würde dem Geiste eines solchen Bündnisses dauernd entgegenwirken. Will Frankreich seine Investitionen, dann hat es die Möglichkeit, seine Auffassung in die Wirtschaft umzusetzen.

Man will die Eröffnung offizieller Verhandlungen abhängig machen von der Wiederherstellung der Arbeit im Ruhrgebiet. Jeder ehrliche Mensch im Ruhrgebiet und am Rhein, so erklärte der Kanzler in diesem Zusammenhang, lehnt sich nach der Stunde, in der diese blühenden deutschen Lande der alten regen Tätigkeit wiedergegeben werden. Diese Stunde wird gekommen sein, wenn wir die Sicherheiten haben, daß auf den Grundlagen der deutschen produktiven Pfänderleistungen

die Lösung des Konfliktes möglich ist, die der Sinn unseres passiven Widerstandes war. Er war niemals Übermut oder Selbstweh, sondern sollte dazu dienen, uns den Zustand der Freiheit des Ruhrgebietes wieder zu verbürgen.

Wir sind bereit zu schweren materiellen Opfern, aber wir sind nicht bereit, die Freiheit deutschen Bodens irgend jemandem preiszugeben. (Sehr starker Beifall.)

Im zweiten Teil seiner Rede ging der Kanzler auf

die innere Politik

ein. Er begann mit einem Hinweis auf den Zustand höchster wirtschaftlicher Not Deutschlands, aus dem er weder dem Ausland noch dem Ausland gegenüber ein hehl machen wolle. Die Ausfuhr sei in wenigen Monaten von 600 Millionen auf 105 Millionen Goldmark zurückgegangen, während Deutschland vor dem Kriege eine Ausfuhr von 10 Milliarden Goldmark hatte. Das zeige deutlich, daß ein Deutschland ohne Ruhr und Rhein nicht lebensfähig und ohne die Verfügung über diese Gebiete zu irgenwelchen Reparationsleistungen außerstande ist. Der Zustand an Rhein und Ruhr sei ungewisshaft seit Friedensausfall. Ist die Grundlage gestürzt, auf der die ganze Wirtschaft eines Volkes aufgebaut ist, aus der der Staat und die Staatsbedürfnisse gedeckt werden, dann besteht für den Staat keine Möglichkeit, andere Staatsbedürfnisse in Form von Kriegsentlohnungen zu befriedigen. Wir leben in der ganzen Entwicklung, die wir bisher gehabt haben, seit der Zeit des Krieges, seit der Zeit der Fortführung des Krieges mit anderen Mitteln, in welche Not wir gekommen sind, eine Not, die geführt hat zur Einopferung weitausgehender Opfer, auf deren Expropriation der Staat seine heutige Existenz aufbaut hat.

Die Wehrpflichten.

Was brauchen wir demgegenüber? Welche Aufgaben stehen vor uns? Wenn ich von einem Aufgabensfeld spreche — dann, glaube ich, brauchen wir auch eine Wehrpflicht, eine Wehrpflicht des Volkes, aber auch eine Wehrpflicht der Arbeit. Wir brauchen auch eine Wehrpflicht des Beamtentums gegenüber dem Reiche und gegenüber dem Staat.

Ich beginne mit der

Wehrpflicht des Volkes.

Es ist kein Zweifel, daß eine Entwicklung, die zur Wehrbildung führt, überhaupt nur solange garantiert ist, als der Staat selbst, und als der verfassungsmäßige Staatsbegriff aufrecht erhalten werden kann. (Sehr richtig!) Es ist kein Appell an irgend eine Unternehmung des Volkes unter den Staatsgeboten allein, es ist auch das eigene Interesse des Volkes, daß er nicht darüber murren, wenn um ihn Opfer verlangt werden, die in normalen Zeiten nicht verlangt werden, aber in anormalen Zeiten eine Notwendigkeit sind. Wir müssen zu starken Eingriffen kommen. Wir werden das, was eine wirtschaftliche Kraft in Deutschland ist, soweit für den Staat in Anspruch nehmen, daß seine außenpolitischen und innenpolitischen Bedürfnisse dadurch gedeckt werden. Wir erreichen den Frieden nur, wenn uns die Wirtschaft das garantiert, was wir an Stelle der produktiven Pfänder brauchen, wir erreichen aber im Innern die Ordnung des Staatshaushaltes, die Aufrechterhaltung des ganzen Staates nur dann, wenn wir in erster Linie von dem Volk ganz andere Opfer verlangen als sie bisher in Anspruch genommen worden sind. Und man sei sich auch über die Zeiten klar, in denen wir leben: 4 Jahre Krieg und 4 Jahre dieses Friedens, den wir durchgemacht haben, mit all seiner Zerstückelung der verschiedenen Werte, — was soll das das moralische Reich für sich herleiten, daß in dieser Zeit ihm der Zuwachs des Volkes garantiert ist? Es handelt sich darum, daß diese Wehrpflicht des Volkes von uns in Anspruch genommen wird.

Ihr müßt gegenübertreten eine

Wehrpflicht der Arbeit.

Wenn ich an den Verhältnissen des Ruhrgebietes eines am meisten bedauere, dann ist es die erzwungene Arbeitslosigkeit, die auch zu demoralisierenden Folgen führen kann und vielleicht führen wird. Wir brauchen, soweit wir in der Lage sind, normale Verhältnisse wiederherzustellen, auch die Lust und Liebe zur Arbeit. Wir brauchen da, wo lebenswichtige Notwendigkeiten des Staates vorliegen, auch die Überarbeit für das allgemeine Wohl. Wenn wir über den größten Teil des besetzten Gebietes nicht mehr verfügen, wenn die Rohproduktion sich unter Kontrolle vollzieht, dann müssen wir wenigstens im unbesetzten Gebiet das Letzte herausholen und zur Verfügung des Staates stellen. Darum muß sich an die Wehrpflicht des Volkes die Wehrpflicht der Arbeit reihen.

Drittens aber ist notwendig die

Singabe des Beamtentums an den Staat.

Ich höre aus allen Ecken und Enden des Deutschen Reiches Anklagen gegen den Staat, daß er in wuchernder Weise die Beamten einstellt. Die Reichsregierung steht der Kritik und der mancher außerordentlich scharfen Kritik der Kritik gegen das deutsche Beamtentum fern, die in letzter Zeit erfolgt ist. Über der Staat muß seinerseits in anormalen Zeiten wie den gegenwärtigen auch hier zuerst an sich selbst denken. Da, wo es technisch und materiell nicht möglich ist, wolleworbene Rechte aufrechtzuerhalten, weil sonst das Gefüge der Wehr in Unordnung kommt, kommt in erster Linie der Staat und ihm haben sich die anderen Notwendigkeiten unterzuordnen. Und gegenüber manchen, die da glauben, diesen Staat ansehen zu können als ein Gebilde, das nicht berechtigt ist, von dem Einzelnen zu verlangen, was der alte Staat nicht verlangt hat, möchte ich als meine Auffassung aussprechen — wenn schwerer und stürmische Zeiten kommen, mögen Sie sich an dieses Wort erinnern: —

Wir lassen mit der Staatsautorität nicht schändlicher treiben!

Wir werden die Staatsautorität durchleben gegenüber jedem, der da glaubt, sich über sie hinwegsetzen zu können. (Lebhafter Beifall.)

Was wir zu geben haben als Staat für diese Wehrpflicht, von der ich spreche, das ist die Sicherheit für den Bürger, für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, der Verhältnisse im Innern, der Wirtschaft, des Lebens, der Wehrpflicht, daß der einzelne Bürger sich auf den Staat verlassen kann gegenüber dem, der sich ihm entgegenstellen will.

Zur Steuerfrage

übergehend, bemerke der Reichstanzler, er kenne die Härten der letzten vom Reichstag beschlossenen Steuern wohl, die in eine Zeit der Wirtschaftskrisis in der Industrie und harter Anpassung des Kredits der Landwirtschaft fallen. Es sei Vorzorge getroffen worden, daß durch die bestehenden Staatsorganisationen Kredite für Getreidelieferungen gegeben werden. Gegenüber der Kritik an den Steuern müsse daran erinnert werden, daß die Steuern nicht einem Kabinett, sondern dem Reiche bewilligt werden. Bei manchen dieser Maßnahmen handle es sich um Eingriffe in die Substanz, aber was bleibe denn von der Substanz der Wirtschaft, wenn sich die Substanz des Staates nicht erhalten lasse? Um die kämpfen wir heute noch, und da, meine ich, sollte das wirtschaftliche Opfer geringer gewertet werden. Lassen Sie mich einmal einen Vergleich aus dem Leben gebrauchen. Im Neuen Testament ist die Rede davon, daß der Vater ein Kalb schlachtet, dem verlorenen Sohn heimführt in das Vaterhaus. Könnte man nicht auch einmal für das verlorenen Vaterland ein Kalb schlachten, wenn sich das Land handelt, daß dieses Vaterland sich wiederfindet zu derjenigen Ordnung seiner Finanzen, ohne die eine Aufrechterhaltung der Wirtschaft für den Einzelnen nicht möglich ist? Es ist nicht möglich, überall die Substanz zu schonen und den Grundhaushalt aufzustellen: an der Substanz darf nicht gerüttelt werden. Man möge sich auch fragen, wo die Substanz des geistigen Deutschlands gegeben ist. Auf keinen Fall gebe es an, daß Aufrufe gegen Steuererhöhung erlassen würden. Wer in dieser Zeit eine Sabotierung der Steuerorganisations, gehörte hinter Schloß und Riegel. (Sehr lebhafter Beifall.) Mit vollem Recht könne man aber verlangen, daß die Steuern vereinfacht und überflüssig gemacht werden. Es werde unbedingt notwendig sein, das Konjunktur von Steuererlagen auf eine gewisse primitive Form einzelner Steuern zurückzuführen. Den Vätern und Kommunen werde gleichzeitig eine größere Selbständigkeit in der Erhebung von Steuern gegeben werden müssen. Durch eine stärkere Selbständigkeit der Steuererhebung der Länder und Gemeinden werde die Beziehungen zwischen den Ländern und dem Reiche, die manchmal vielleicht besserungsbedürftig sind, sich besser gestalten.

Die Bestimmung des Verfalls der deutschen Währung.

So fuhr der Kanzler weiter aus, sei abhängig von der außenpolitischen Lage und von der Lage der inneren Wirtschaft. Technische Mittel reichten nicht aus, um das gutzumachen, was sich als Folge erkläre von einem Wirtschaftszustand, bei dem das Reich die gesamten Gehälter und Löhne und weitere Unterhaltungen beinahe des ganzen Rheinlandes und Ruhrgebietes aus der Staatskasse, ohne die geringste politische Gegenleistung zahlen mußte. Die Wirkung des Währungsverfalls zeigt sich vor allem in stichtlicher Verdrängung: die innere Arbeit geht nicht mehr, der Sparfüßler ist nicht mehr. Man hat sich an die Empfindung, als hätte man ein paar Dollar, wie man einstmals um das goldene Kalb gekämpft hat. Gewiß ist auch hier eine starke Schuld der Regierung zuzurechnen. Wir müßten, so erklärte der Kanzler, langsam ein wertbeständiges Geld schaffen, um aus Spekulation und Devisenhandel herauszukommen. Auch die Voraussetzung von Gehältern an die Beamten würde damit auf eine ganz andere Grundlage gestellt. Es ist unsere nächste, deutlichste Aufgabe, die übernehmende Aufgabe.

Soles wertbeständiges Geld in Deutschland zu schaffen.

So schwer es uns wird, damit auszugehen, daß die Mark Zahlungsmittel ist, aber nicht mehr eine feste Währung darstellt. Wir wollen die Goldmark wieder schaffen in der Hoffnung, daß man dann auch wieder den Goldfennig ehren lernen in Deutschland. Nach Schaffung der wertbeständigen Anleihe gibt es kein Recht mehr auf Devisenbesitz im deutschen Volk.